

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

Staatssekretariat EDA

2017 M 16.3600 Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen (Manuel Tornare)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, auf politischer, finanzieller und personeller Ebene die verschiedenen Bestrebungen, die die Uno zur Verbesserung der Situation in Eritrea unternimmt, zu unterstützen.

Die Schweiz unterstützt die Bemühungen der UNO-Gremien und ihrer Mechanismen in Bezug auf Eritrea uneingeschränkt. Sie begrüsst das Mandat des Sonderberichterstatters, der im Auftrag des Menschenrechtsrats (MRR) über die Menschenrechtslage in Eritrea berichtet. Die Schweiz befürwortet regelmässig die Resolutionen des MRR zur Erneuerung dieses Mandats und unterstützt die Resolution konsequent als Co-Sponsorin. Seit Übermittlung der Motion versuchte die Schweiz die Anstrengungen der UNO in Eritrea auch auf Projektebene zu unterstützen: So hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit ab Januar 2018 ein Projekt des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) mitfinanziert. Die Projektumsetzung war jedoch von Beginn an schwierig. Bereits ab April 2018 hat UNDP keine Genehmigung seitens der eritreischen Behörden mehr erhalten, um das Projekt umzusetzen. Die Projektaktivitäten konnten daher letztlich nur während weniger Monate stattfinden und im Juni 2022 musste die Unterstützung für das Programm endgültig eingestellt werden.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2020 M 19.3991 Kein ausserndes "Söldnergesetz". Ursprüngliches Ziel des BPS respektieren (Hans Wicki)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) dergestalt abzuändern, dass Service-, Ausbildungs- und Wartungsdienstleistungen an einem bewilligten Export einer Schweizer Firma, wie vom Gesetzgeber ursprünglich gewollt, nicht diesem Gesetz unterstehen.

2020 M 19.4376 Abwanderung sicherheitsrelevanter Schweizer Firmen verhindern (Sicherheitspolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) dergestalt abzuändern, dass in der Schweiz tätige Rüstungsbetriebe und rüstungsnahe Betriebe weiterhin über Rechtssicherheit verfügen.

Der Bundesrat verabschiedete am 11. November 2020 eine Änderung der Verordnung über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (VPS; SR 935.411, AS 2020 5323). Sie trat am 1. Januar 2021 in Kraft. Am 28. Januar 2021 beauftragte der Bundesrat das EDA und das WBF, diese Teilrevision nach drei Jahren auf ihre Wirksamkeit zu prüfen und dem Bundesrat bis 31. August 2024 über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Die Überprüfung erfolgte im Rahmen einer interdepartementalen Arbeitsgruppe (IDAG). Sie ist zum Schluss gekommen, dass die neuen Bestimmungen der VPS wirksam sind. Die präzisere Definition und die Ausnahme von der Meldepflicht führten zu einem signifikanten Rückgang der Meldungen. Die interdepartementale Zusammenarbeit wurde durch die Änderungen gestärkt, was zu einer kohärenteren Verwaltungspraxis führte. Der Bundesrat hat den Bericht der IDAG (abrufbar unter www.admin.ch > Dokumentation > Medienmitteilungen > Publikationshinweis (28.08.2024)) am 28. August 2024 zur Kenntnis genommen und ist der Ansicht, dass alle Anliegen der Motionen 19.4376 und 19.3991 mit der Inkraftsetzung der Verordnungsanpassung umgesetzt werden konnten.

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motionen als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 M 21.3592 Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland) (Aussenpolitische Kommission Ständerat)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, zur Stärkung der Koordination von Schweizer Akteuren im Umgang mit China und zur Stärkung des chinarelevanten Wissens, den Austausch von Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Gesellschaft zu institutionalisieren.

Bericht vom 14. August 2024 «Institutionalisierung des Austauschs und der Koordination von Schweizer Akteuren gegenüber China (Whole of Switzerland)».

Der Bundesrat erachtet das Anliegen der Motion als erfüllt und beantragt deren Abschreibung.

2022 P 22.3800 Auswirkungen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz (Josef Dittli)

Eingereichter Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, über die aussen- und sicherheitspolitischen Folgen eines Beitritts der Schweiz zum Kernwaffenverbotsvertrag (TPNW) Bericht zu erstatten. Insbesondere soll auch auf die Veränderung der Ausgangslage durch den Krieg in der Ukraine eingegangen werden. Weiter sollen darin Überlegungen zu den Folgen des TPNW auf die Sicherheitsarchitektur Europas, der Schweiz sowie zur Beziehung der Schweiz zur NATO enthalten sein. Der Bundesrat definiert basierend auf dieser Auslegeordnung das weitere Vorgehen im Interesse des Landes.